Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 138. | Dresden, Dienstag den 18. Juni 1912. | 23. Jahrg.

Am Pauls ungültiges Mandat.

Aus dem Wahlkreise Hagenow-Grevesmühlen wird uns geschrieben:

In Hagenow-Grevesmühlen findet an diesem Donnerstag eine Neuwahl statt. Der Reichstag hat bekanntlich das Mandat des konservativen Abgeordneten Pauli aus Potsdam, der bei der Januarwahl im 1. mecklenburgischen Wahlkreis amtlich als gewählt proklamiert worden war, für ungültig erklären müssen. Weil bei der Wahlhandlung die tollsten Dinge passiert sind! Man hat z. B. mehrfach zwischen Haupt- und Stichwahl rasch noch „zuverlässige" Wähler in die Wählerlisten nachgetragen, hat handschriftlich gefertigte Stimmzettel einfach für ungültig erklärt, umgekehrt Stimmzettel, die mehr vorhanden waren als Wähler, für gültig angesehen, bewußt den nicht wahlberechtigten Bruder eines verstorbenen adligen Junkers für diesen wählen lassen, die Wahlhandlung geschlossen, obwohl noch Wähler vorhanden waren, die ihre Stimme noch nicht abgegeben hatten usw. usw.

Am Donnerstag findet nun die Neuwahl in diesem Kreise statt. Unsere Genossen sind fleißig am Werke, geben sich aber keinen überschwenglichen Hoffnungen hin. Der Wahlkreis ist ein rein landwirtschaftlicher. Er zählt rund 90 000 Einwohner, von denen nur ein Drittel in den Städten wohnt. Und letztere haben ganz den Charakter der Ackerbürgerstädte. Die Industrie ist im Kreise kaum vertreten und fast jeder Arbeiter muß „sein" Ackerstückchen haben, um mit dessen Ertrag seinem gewerblichen Einkommen nachzuhelfen. Die größte Stadt im Kreise hat nur 5200 Einwohner.

Bei der Januarwahl erhielt die Sozialdemokratie rund ein Drittel der abgegebenen Stimmen, nämlich 6100. Die gleiche Zahl hatten die Fortschrittler. Die Konservativen zählten 7000 Stimmen für sich. Wie die beschafft worden waren, dafür haben wir oben ein paar Beispiele gegeben. Die Stichwahl im Januar fand zwischen Konservativen und Sozialdemokraten statt. Der Landesvorsitzende der Fortschrittler hatte in aller Form öffentlich direkt zur Wahl des sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten aufgefordert. Aber 700 Fortschrittler blieben der Stichwahl ganz fern und von den 5400, die zur Stichwahl gingen, stimmten nur 2600 für die Sozialdemokratie, aber 2800, also 200 mehr, für die Konservativen, denen sie so den Kreis auslieferten.

Zu der jetzigen Wahl haben es die Konservativen darauf angelegt, zu verhindern, daß die Fortschrittler in die Stichwahl kommen. Sie rechnen nämlich für diesen Fall mit einem gleichen Ausgang wie bei der Januarwahl. Weil nun aber die Wahl am Donnerstag nach den alten Wählerlisten vom Januar vor sich geht, wäre es bei der sozialen Struktur der Wählerschaft begreiflich, wenn die Sozialdemokratie hinter ihrer Stimmenzahl vom Januar zurückbleiben würde. Denn von den im Kreise ansässigen Arbeitern sind verhältnismäßig viele während der Sommermonate als Bauarbeiter über Land sonstwie gar in Lübeck oder Hamburg beschäftigt, so daß sie eine volle Tagereise machen müßten, um ihr Wahlrecht ausüben zu können.

Es ist also möglich, daß der fortschrittliche Kandidat diesmal unseren Genossen überholt und dann seinerseits mit dem Konservativen in die Stichwahl kommt. Dann könnte sich, weil die Sozialdemokratie die Fortschrittler trotz allem noch immer als das kleinere Uebel ansehen müssen, der konservative Herr Pauli den Mund wischen. Und um dies zu verhindern, protzen die konservativen Wahlagenten jetzt täglich ganze Breitseiten gegen ihre ehemals so hübsch gelehrigen Blockgenossen ab. Es fehlt hierbei freilich nicht an tragikomischen Momenten. Als man sich z. B. den konservativen Wahlapostel Müller aus Berlin etwas bei Licht besah, stellte es sich heraus, daß dies derselbe Held ist, der noch bei der Januarwahl im Wahlkreise Greifswalde-Grimmen als Wanderredner für die Liberalen funktionierte und dort gewaltig den Mund voll nahm gegen die Konservativen, die er jetzt hier bis über den grünen Klee lobt. Ein anderer konservativer Wahlmacher ist der Schornsteinfegermeister Conrad aus Breslau. Den haben die Junker nach Hagenow-Grevesmühlen gelockt, damit er die Handwerksmeister und den sonstigen Mittelstand für die Junkerpartei einfangen soll. Als dieser Conrad nun hier mit der ehrlichsten Miene von der Welt u. a. auch gegen den Hansabund loszog, wurde ihm vorgehalten, daß er ja selbst für seine Kandidatur in Liegnitz-Haynau den Hansabund um finanzielle Unterstützung angeschnorrt habe. Herr Conrad suchte sich damit herauszureden, daß er persönlich beim Hansabund nicht fechten gegangen wäre, „nur" seine Parteifreunde hätten das getan! Ernster zu nehmen als diese redenden konservativen Wahlhelfer sind die stummen, aber um so wirksameren: Die Wahlvorsteher, die dieselben sind wie bei der für ungültig erklärten Januarwahl und die Gutsinspektoren und Statthalter, die die „Hintersassen" der Junker in Reih und Glied zur „Wahlurne" führen!

Wie die Wahl aber auch ausgehen wird, die Sozialdemokratie darf von sich behaupten, daß sie ihre agitatorische Schuldigkeit getan hat.

Arbeiterbund und Präsidentenwahl.

md. Chicago, 5. Juni.

Im kommenden November wird das angeblich souveräne Volk der Vereinigten Staaten an die Wahlurne eilen, um zu bestimmen, wer in den nächsten vier Jahren als oberster Verwaltungsbeamter an der Spitze des Landes stehen soll. Die Anhänger der beiden alten Parteien, Republikaner und Demokraten, sind, wie das vor jeder Wahl der Fall ist, in sich gespalten. Für die ersteren ringen der jetzige Präsident William Howard Taft, der Mann mit den glatten Manieren und dem ewigen Lächeln des gutgeschulten Oberkellners, und der frühere Präsident Theodor Roosevelt, der ungestüme Rauhreiter mit dem grimmigen Knurren und dem Zähnegefletsch des schlecht dressierten Bulldoggs, um die Kandidatur. Bei den letzteren stehen Kongreßabgeordneter Champ Clark von Missouri und Gouverneur Woodrow Wilson von Neujersey einander gegenüber, zwei Berufspolitiker, die über die Grenzen ihrer Heimatstaaten hinaus die Oeffentlichkeit noch wenig beschäftigt haben. In ein paar Monaten wird jede der beiden Parteien auf ihrem Nationalkonvent bestimmen, wen sie von den durch das Ergebnis der Vorwahlen präsentierten Bewerbern — Taft und Roosevelt auf republikanischer, Clark und Wilson auf demokratischer Seite — ins Treffen schicken wird. Dann beginnt die Hauptschlacht, die am ersten Dienstag des November, dem regelmäßigen Tage der Präsidentenerwählung, ihr Ende findet.

Die sozialistische Partei hat auf ihrer jüngst zu Indianapolis abgehaltenen Konvention den altbewährten Vertrauensmann der aufgeklärten Arbeiterschaft Amerikas Eugene V. Debs und den jüngeren Parteiführer Emil Seidel zu ihren Bannerträgern erkoren. Eugene V. Debs, der vor allem bei dem gewaltigen, das ganze Land umfassenden Eisenbahnerstreik im Jahre 1894 durch Umsicht und Unerschrockenheit sich hervortat, hat die Nomination als Präsident erhalten. Emil Seidel, der frühere Bürgermeister Milwaukees, der als solcher sein Verwaltungstalent und seine unantastbare Ehrlichkeit über jeden Zweifel hinaus bewies und sein Amt sicher noch heute inne hätte, wenn nicht die beiden alten Parteien verbündet gegen ihn aufgetreten wären, ist durch die Aufstellung als Kandidat für die Vizepräsidentschaft ausgezeichnet worden. Aussicht auf Sieg ist vorläufig — darüber gibt sich die sozialistische Partei keinerlei Illusionen hin — nicht vorhanden. Wohl aber darf mit Sicherheit behauptet werden, daß das sozialistische Votum bei den diesjährigen Wahlen erfreulich anschwellen wird.

Daß Debs und Seidel ihre Gefolgschaft zum weitaus größten Teil unter den Lohnarbeitern finden werden, bedarf keines langatmigen Beweises. Der Sozialismus befindet sich hierzulande noch im Entwicklungsstadium, und so setzt sich seine Anhängerschaft, wie das ja auch in Deutschland einst der Fall war, fast ausschließlich aus vorgeschrittenen Fabrikproletariern und ein paar, um den landläufigen Ausdruck zu brauchen, fortschrittlich gesinnten Intellektuellen zusammen. Den Kern des arbeitenden Volkes bilden hier wie drüben die Gewerkschaften, die hier bis auf wenige, nicht in Betracht kommende Ausnahmen im Amerikanischen Arbeiterbund, der American Federation of Labor, vereint sind. Dieser Bund ist in allen Städten der Union vertreten und hat heute eine Mitgliederzahl von etwa 1 800 000 Arbeitern männlichen und weiblichen Geschlechts aufzuweisen. An seiner Spitze steht seit Jahren Samuel Gompers, ein ehemaliger Zigarrenmacher.

Der Amerikanische Arbeiterbund befaßt sich als solcher nicht mit der Politik. Seine Mitglieder können sich nach Belieben irgendeiner Partei anschließen; kein allgemein gültiges Programm hindert sie daran. Alles, was der Bund zur Zeit der Präsidentenwahl unternimmt, besteht darin, daß in seinem Namen Samuel Gompers als erster Repräsentant der mächtigen Vereinigung an die Kandidaten der einzelnen Parteien, sobald sie erklärt worden sind, ein Schreiben richtet, worin er sie um Auskunft über ihre Stellungnahme zu Arbeiterangelegenheiten ersucht. Die Antworten werden im offiziellen Bundesorgan veröffentlicht, ohne Kommentar, mit der einzigen Hinzufügung: Arbeiter, wählt den Mann, den ihr nach diesen Mitteilungen für euren Freund haltet!

Samuel Gompers selbst, der im Arbeiterbund ganz ungewöhnlichen Einfluß ausübt, ist ein durch und durch bürgerlich denkender Mann und erklärt die bestehende Gesellschaftsordnung für die denkbar beste. Er glaubt an die Gemeinsamkeit der Interessen von Kapital und Arbeit, oder gibt wenigstens vor, daran zu glauben. Er hat sich deshalb dem Bürgerverband, der Civic Federation, angeschlossen, einer Vereinigung von Großindustriellen, vorschriftsmäßig gesinnten Gelehrten und Arbeiterführern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, zwischen den Unternehmern und ihren Lohnsklaven bei Zwistigkeiten liebevoll zu vermitteln und überhaupt bei jeder Gelegenheit süße Klassenharmonie zu predigen. Um den Geist dieser Gesellschaft zu kennzeichnen, genügt es, zwei ihrer Mitglieder zu nennen: den Industriekapitän August Belmont, der, wo er irgend kann, die Löhne herunterschraubt, und den Universitätsprofessor Elliot, dessen Ideal der Streikbrecher, der „Scab" ist, den er, so unglaublich es klingt, öffentlich als Nationalhelden, als Wohltäter der Menschheit feiert.

Die von den Ideen des Sozialismus beherrschten Angehörigen des Amerikanischen Arbeiterbundes haben selbstverständlich alles mögliche getan, Samuel Gompers zu stürzen; aber sie sind zurzeit noch in so verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden, daß Gompers ihrer Angriffe mit überlegenem Lächeln spotten durfte. Von den zahlreichen, zum Bunde gehörenden Einzelverbänden haben sich bisher nur drei auf den Boden des Sozialismus gestellt: die Vereinigungen der Brauer und Mälzer, der Bäckereiarbeiter und der Anstreicher. In allen dreien überwiegt das deutsche Element. Der anglo- und irisch-amerikanische Durchschnittsarbeiter läßt sich noch immer durch das alberne Wort: „Der Sozialismus ist unamerikanisch," verblüffen. Die Führer aber fürchten, aus unsauberen, politischen Geschäften stammende Nebeneinkünfte zu verlieren, wenn sie sich zu sozialistischen Anschauungen bekennen würden. Für sie ist die Politik nichts als ein Handel, aus dem der verständige Mensch „right or wrong" — auf ehrliche oder unehrliche Weise — seinen Profit zu ergattern weiß.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die einzige Partei im Lande, die die Arbeiterinteressen offen und aus Ueberzeugung wahren will, bei denen, für die sie kämpft, so ungenügende Unterstützung findet. Es ist wahr: die sozialistische Partei Nordamerikas ist von Wahlgang zu Wahlgang gewachsen. Aber im Vergleich zur Entwicklung ihrer Schwesterparteien in Europa muß ihr Wachstum ein vorläufig recht bescheidenes genannt werden.

Wie zum Kriegführen überall Geld, Geld und nochmals Geld gehört, so ganz besonders im Lande der rücksichtslosen Dollarjäger. Damit aber hapert's in der sozialistischen Partei, die über eine stattliche Zahl kluger Köpfe und tüchtiger Redner verfügt, ganz bedenklich. Sie hat nicht genügend Munition für ihre Geschütze, nicht Geld genug, Parteiblätter in erforderlicher Anzahl zu unterhalten.

Die Kassen des Amerikanischen Arbeiterbundes sind wohlgefüllt, aber vor den „unamerikanischen Umstürzlern" werden sie ängstlich verschlossen gehalten. Langwieriger Arbeit wird es bedürfen, da nennenswerte Bresche zu schlagen. Doch der Sozialismus hat schon schwierigere Herkulesarbeiten bewältigt. Die ihm innewohnende Ideenkraft wird, unterstützt von wirtschaftlichen Krisen, seine Lehre mit der Zeit auch in die härtesten Schädel hineinhämmern. Haben die amerikanischen Sozialisten einmal im Amerikanischen Arbeiterbund die Oberhand gewonnen, dann sind sie ein Machtfaktor, der bei den Präsidentenwahlen nicht mehr, wie jetzt, einen blassen Zählkandidaten aufstellt, sondern den alten Parteien gegenüber sich als ein sehr ernst zu nehmender, achtunggebietender Gegner erweisen wird.

Der italienisch-türkische Krieg.

ld. Rom, 16. Juni.

Zehn Monate dauert nunmehr der Krieg, der zu Anfang als ein militärischer Spaziergang ausposaunt worden war. In den letzten Wochen sind in Zanzur und Depi (oder Leppa) zwei blutige Gefechte geliefert worden, bei denen die Italiener nahezu 400 Mann an Toten und Verwundeten zu beklagen hatten. Trotzdem gibt jetzt der offiziöse Popolo Romano ganz offen zu, daß die beiden blutigen Siege den letzten Tage das Ende des Krieges nicht näher gebracht haben. Derselbe Popolo Romano sagt mit der größten Offenheit, daß man den Krieg in aller Ruhe fortsetzen müsse, um die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen der Türkei zu erschöpfen. Man wird sich also auf eine Unzahl kleiner Gefechte gefaßt machen müssen, die Monate lang den Wüstensand mit Blut tränken und die Millionen der italienischen Steuerzahler verschlingen. Diese Bemerkung des Popolo Romano ist um so interessanter, als es von Anfang an gerade von offiziöser und offizieller Seite geheißen hatte, daß es im Interesse Italiens läge, die Türkei nicht zu schwächen, damit sie weiter imstande bliebe, Oesterreich im Balkan die Stirn zu bieten. Bis vor kurzem hieß es, daß die Aufrechterhaltung des status quo im Balkan, die gerade für Italien von großer Wichtigkeit ist, am besten durch eine schnelle Beendigung des Krieges gewährleistet würde. Die Türkei würde sich beeilen, Lybien abzutreten, um dann in Italien Entgegenkommen für seine finanziellen Bedürfnisse zu finden, so daß womöglich bald an Stelle des Krieges ein italienisch-türkisches Bündnis treten würde. Und jetzt will man die Türkei durch langen Krieg zur Erschöpfung und dadurch zum Nachgeben treiben!

Man denke aber nicht, daß diese neue, offizielle Lesart die nationalistischen Blätter zu einer vernünftigen und gemäßigten Auffassung des Krieges gebracht hätte! Nichts von alledem. Das Giornale d'Italia berichtet geradezu mit Hohn, daß am 14. Juni keine einzige Waffentat von dem gesamten Kriegsschauplatz gemeldet wurde. Das Blatt ist mit den beiden Gefechten noch lange nicht zufrieden und merkt selbst gar nicht, in welch großen Widerspruch es sich zu seinen eigenen Meldungen stellt, wenn es jetzt von der Notwendigkeit neuer Angriffe spricht, nachdem es soeben das feindliche Heer als aufgerieben und zerstreut ausgegeben hat. Dieses ganze Gebrüll nach neuen Schlachten, das sich so gemütlich und ungefährlich vom Redaktionstisch aus anstimmen läßt, entstammt einfach einer perversen Sensationsgier und außerdem der Illusion, daß die phantastischen Schlachtberichte für den Krieg Stimmung machen würden. Das könnten sie auch vielleicht, wenn ihnen nur nicht auf dem Fuße die Liste der Toten und Verwundeten folgte. Da man aber die Toten und Verwundeten nicht unterdrücken kann, so liegt es auf der Hand, daß eine Kriegsführung erbittern muß, die zu blutigen und gleichzeitig nutzlosen Waffentaten führt. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die ganze Kriegführung den Eindruck macht, als ob das Kommando an Ort und Stelle, von der strategischen Nutzlosigkeit der Offensive überzeugt, blutwenig Lust hätte, das Leben der Soldaten aufs Spiel zu setzen, während man von Rom aus von Zeit zu Zeit ein Gefecht verlangt, um die nationalistische Presse in Stimmung zu erhalten. Es läuft dies auf ein ruchloses Spiel mit Menschenleben hinaus.

Ein Kampf um Misrata.

Mailand, 17. Juni. Die Italiener wurden gestern nachmittag auf dem neubesetzten Küstenplatze Misrata von den Türken und Arabern angegriffen, schlugen aber nach sechsstündigem Kampfe die Feinde zurück. Die Italiener hatten 2 Tote und 9 Verwundete, während die Araber 60 Tote auf dem Kampfplatze zurückließen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG